

Pressemitteilung



Ärztetag für mehr Praxisbezug im Medizinstudium Delegierte fordern Neuregelung der Bedarfsplanung

Dresden, 12.05.2010

Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin



Ärztmangel ist längst nicht nur ein Problem in ländlichen Regionen. Jedes vierte Krankenhaus könne seine Arztstellen nicht mehr besetzen, warnten die Delegierten des 113. Deutschen Ärztetages in Dresden. Vor dem Hintergrund der seit Jahren zu verzeichnenden Abwanderung junger Medizinabsolventen in andere Berufsfelder müsse deshalb die Attraktivität des Arztberufes gesteigert werden. Entsprechende Weichenstellungen sollten bereits bei der Organisation des Medizinstudiums vorgenommen werden. So sollten Studierende frühzeitig mit Patienten arbeiten und verstärkt in Kommunikations- und Teamfähigkeit geschult werden. Der Ärztetag stellte zudem klar, dass der wissenschaftliche Anspruch an das Medizinstudium und die gestiegenen Anforderungen an ein komplexes Krankheitsverständnis und multimodale Therapiekonzepte mit einer eventuellen Umstellung auf eine Bachelor-Master-Struktur nicht vereinbar seien.

Damit die ärztliche Versorgung flächendeckend sichergestellt ist, müsse zudem die Bedarfsplanung für die Niederlassung von

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.bundesaerztekammer.de

Ansprechpartner:
Alexander Dückers
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.bundesaerztekammer.de
presse@baek.de

Ärztinnen und Ärzten sowie die Krankenhausplanung in Deutschland neu geregelt werden. „Die bereits jetzt schon bestehende Unterversorgung in ländlichen Regionen und städtischen sozialen Brennpunkten betrifft insbesondere ältere, chronisch und mehrfach erkrankte Patienten und wird sich in den kommenden Jahren dramatisch verschärfen“, warnte das Ärzteparlament. Künftig soll die Bedarfsplanung deshalb sektorübergreifend und populationsbezogen organisiert werden. Konkret sprachen sich die Delegierten dafür aus, zur besseren Koordination der Versorgungsplanung Regionalverbände - bestehend aus Vertretern der Landesärztekammern, der Kassenärztlichen Vereinigungen, der Landesministerien und der Landeskrankenhausgesellschaft unter Beteiligung der Landesverbände der Krankenkassen sowie der Patientenvertreter - zu gründen. Das Ärzteparlament greift damit im Grundsatz einen Vorschlag auf, den zuvor die Kassenärztliche Bundesvereinigung unterbreitet hat. Die Delegierten wiesen darauf hin, dass die Ärztekammern wegen ihrer sektorübergreifenden Zuständigkeit hierbei eine „unverzichtbare Scharnierfunktion“ übernehmen sollten. Eine Übernahme des Sicherstellungsauftrags für die ambulante Versorgung durch die Länder lehnte der Ärztetag strikt ab.

Korrekturen sind nach Ansicht des Ärzteparlaments auch im vertragsärztlichen Vergütungssystem nötig. Dieses müsse so weiterentwickelt werden, „dass den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten endlich ein Ausstieg aus dem Hamsterrad der Fließbandmedizin möglich wird“. Das Delta zwischen wirtschaftlich erforderlichem Kalkulationspunktwert und derzeitigem Orientierungspunktwert müsse geschlossen werden. Für den privatärztlichen Bereich forderten die 250 Ärztetagsdelegierten, die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) zu

überarbeiten. Die Bundesärztekammer hat dazu einen Vorschlag für eine Neubeschreibung des ärztlichen Leistungsspektrums und dessen Bewertung entwickelt.

Hintergrundinformationen zu den Schwerpunktthemen des 113. Deutschen Ärztetages können unter der Rubrik „[BÄK GROUNDS](#)“ auf der Internetseite der Bundesärztekammer abgerufen werden.